

Autoren: Jonas Schaible; Christian Teevs



vom 04.03.2021, 01:53:29

**POLITIK/DEUTSCHLAND
POLITIKWISSENSCHAFTLERIN ÜBER LINKE STRATEGIEN**

»Die SPD könnte sich opfern – für die sozialdemokratische Sache«

[Artikel von spiegel.de anzeigen](#)

Die SPD gerät schon wieder in Streit über Identitätspolitik. Gibt es einen Ausweg? Die Politikwissenschaftlerin Silja Häusermann sagt, die Sozialdemokratie schätze ihre Wählerschaft oft falsch ein.

SPIEGEL: Frau Häusermann, die Sozialdemokratie steckt europaweit in der Krise. Eine Erklärung lautet: Weil sie ihre Kernwählerschaft an die radikale Rechte verloren hat. Ist da etwas dran?

Häusermann: Das scheint auf den ersten Blick plausibel, [erweist sich aber empirisch als Mythos](#). Vor 30 Jahren waren zwei Drittel der sozialdemokratischen Wählerschaft Arbeiter und Arbeiterinnen, ein Drittel kam aus der Mittelschicht. Heute ist es umgekehrt. Und: Radikal rechte Parteien mobilisieren überproportional aus unteren sozialen Schichten. Diese beiden Beobachtungen stimmen.

SPIEGEL: Aber die Schlussfolgerung mit dem Leiden der Sozialdemokratie ist falsch?

Häusermann: Ja. Zwei Punkte werden dabei übersehen. Erstens gab es einen massiven Strukturwandel. Der Arbeitsmarkt hat sich verändert, die Bildungssituation auch. Es gibt heute viel weniger Arbeiter und Arbeiterinnen und eine deutlich größere Mittelschicht, die zudem stärker als früher links wählt. Die Verschiebung in der sozialdemokratischen Wählerschaft bildet diesen Strukturwandel ab. Zweitens waren die Arbeiterinnen und Arbeiter, die radikal rechte Parteien wählen, zuvor überwiegend nie links. Sozialdemokratische Parteien können sie also nicht zurückholen, wie es gern heißt. Sie hatten sie nie. Wir wissen das, weil wir viele und gute Daten haben und weil sehr unterschiedliche Studien zu diesem gleichen Schluss kommen.

SPIEGEL: Eine Vermutung lautet, diese Wähler könnten zunächst zu anderen Parteien oder ins Nichtwählerlager und dann erst zur radikalen Rechten gewandert seien.

Häusermann: Um das zu untersuchen, braucht man lange Datenreihen, die es zum Glück aus Deutschland, Großbritannien und der Schweiz gibt. [Sie zeigen](#): Die Vermutung trifft nur für ganz wenige Menschen zu, sogar wenn wir Zeiträume von über 20 Jahren betrachten. Es gibt immer Ausnahmen und anekdotische Evidenz, aber es ist sehr klar: Die radikale Rechte wird nicht von frustrierten Ex-Sozialdemokraten gewählt.

SPIEGEL: An wen verliert die Sozialdemokratie dann ihre Wähler?

Häusermann: Gemäß [Daten zu Wählerwanderungen](#) ging im europäischen Durchschnitt die Hälfte der Verluste in den vergangenen 30 Jahren an grüne und radikal linke Parteien. Etwa 30 Prozent der Wähler wanderten zu moderat rechten Parteien ab, nur knapp zehn Prozent an die radikale Rechte. Der Rest zu anderen Parteien oder ins Nichtwählerlager.

SPIEGEL: Können Sie etwas zu den Gründen sagen?

Häusermann: Ja, wir können die politischen Einstellungen der verlorenen Wählenden mit denjenigen der Gebliebenen [vergleichen](#). Diejenigen, die zu moderat rechten Parteien wechseln, unterscheiden sich eher in Fragen der

Wirtschaftspolitik. Auch die Verluste an radikal linke Parteien haben meistens mit ökonomischen Fragen zu tun. Die neuen Grünenanhänger unterscheiden sich dagegen vor allem in der Gesellschaftspolitik, genauso wie die wenigen, die zur radikalen Rechten abwandern. Die Sozialdemokraten verlieren also nach allen Seiten, und aus unterschiedlichen Gründen.

SPIEGEL: In Deutschland kreisen die Erklärungen für die Verluste der SPD oft um Gerhard Schröders Agenda 2010 und Hartz IV. Ist da etwas dran?

Häusermann: Dafür spricht, dass die SPD im europäischen Vergleich mehr Wählende mit niedriger Bildung verloren hat als andere europäische Sozialdemokraten. Dagegen spricht jedoch, dass diese Menschen auffällig oft zur Union gingen. Sicher hat die Agenda-Politik der SPD geschadet, aber was noch mehr Stimmen gekostet haben dürfte, war der Zickzackkurs der Partei. Inzwischen weiß niemand mehr so genau, wofür die Partei eigentlich steht. Die Lage der SPD ist aber im europäischen Vergleich auch besonders vertrackt.

SPIEGEL: Wieso?

Häusermann: Die Union ist so weit in die Mitte gerückt, dass es eng wird für die SPD. Es gibt zudem die Linkspartei. Außerdem haben sich die Sozialdemokraten in Nordeuropa oder der Schweiz schon in den Achtzigern den neuen sozialen Bewegungen und der neuen Linken geöffnet. Da geht es um Umwelt, Gleichstellung, Migration und Europa. In Deutschland hat die SPD nicht früh genug reagiert und daher diese Themen und Wählergruppen nicht frühzeitig für sich gewonnen. Der durchschnittliche SP-Wähler in der Schweiz würde heute in Deutschland wahrscheinlich grün wählen. Schwieriger als die SPD kann man es kaum haben.

SPIEGEL: Manche sagen, die SPD dürfe nicht versuchen, grüner zu sein als die Grünen, aber hätte sie damit vor 30 Jahren angefangen, ginge es ihr heute besser?

Häusermann: Das ist ein kontrafaktisches Szenario, aber ja, wahrscheinlich. Es geht dabei um weit mehr als Umweltpolitik. In der Schweiz gab es in den Achtzigern klare strategische Entscheidungen zugunsten einer progressiven Gesellschafts-, Migrations- und Umweltpolitik. Das zahlt sich langfristig aus, lässt sich aber auch nicht mehr nachholen.

SPIEGEL: Kann die Sozialdemokratie noch einmal so groß und wichtig werden wie früher?

Häusermann: [Daten zu Wahlwahrscheinlichkeiten](#) zeigen, dass die Sozialdemokratie immer noch ein größeres Potenzial als alle anderen Parteifamilien hat. Es liegt im Schnitt in Westeuropa bei 40 Prozent. In Deutschland ist es in den letzten Jahren allerdings sehr gesunken, auf zuletzt nur noch etwa 25 Prozent. Das muss nicht so bleiben, aber die Situation ist strukturell schwierig für die SPD.

SPIEGEL: Studien zeigen, dass sich seit einigen Generationen gerade in Deutschland die Gewichte im linken Lager systematisch zugunsten der Grünen verschieben. Ist deren Dominanz unausweichlich?

Häusermann: Gewisse Verschiebungen in den Wählerschaften verlaufen jedenfalls in unterschiedlichen Ländern schon seit langer Zeit sehr ähnlich, zum Beispiel eben, dass sich das Gewicht bei den jüngeren Kohorten zu den Grünen verschiebt – das deutet darauf hin, dass strukturelle Prozesse wirken. Dass es also nicht nur an den Parteien, Programmen und Kandidaten liegt. Und weil die Gründe für die Stimmenverluste so unterschiedlich sind, ist es wahrscheinlich in der Tat unmöglich, mit einer programmatischen Neuausrichtung wieder dauerhaft große Erfolge zu feiern.

»Die größten Verluste drohen nach links.«

SPIEGEL: Die Strategie der aktuellen SPD-Spitze, nach links zu rücken, wird also nicht funktionieren?

Häusermann: Ich würde eher sagen, dass auch diese Strategie einen Preis haben wird. Sie wird dadurch jedenfalls nicht alle Menschen zurückgewinnen, die sie einmal verloren hat. Aber auch jede andere Strategie hat Nachteile. Die Sozialdemokratie muss potenzielle Gewinne und Verluste abwägen.

SPIEGEL: Welche Optionen hat sie?

Häusermann: Politik hat seit Jahrzehnten mindestens zwei Achsen: Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik. Wenn die Partei ihren Wähleranteil maximieren will, ist es sinnvoll, auf beiden Achsen eher linke Positionen einzunehmen und

diese zu betonen. Etwa ein Drittel der Wähler der Sozialdemokratie in Europa können sich vorstellen, die Grünen zu wählen. In Deutschland sind es sogar mehr als die Hälfte. [Die größten Verluste drohen also nach links, nicht nach rechts](#). Umgekehrt sind in der linken Wählerschaft auch die potenziellen Gewinne am größten, und die sozialstrukturellen Wählerpotenziale wachsen: in der neuen Arbeitswelt, unter Jungen, während sie in der Industriearbeiterschaft sinken.

SPIEGEL: Die SPD versucht gerade, sich ein grüneres Profil zu geben. Aber verliert man da nicht immer gegen das Original?

Häusermann: Es ist unmöglich, innerhalb von wenigen Jahren die Themenführerschaft in einem Feld zu übernehmen, das schon besetzt ist. Umweltpolitik gehört erst einmal den Grünen. Das Thema zu betonen, dürfte aber die Verluste an die Grünen reduzieren.

SPIEGEL: Was könnte die Sozialdemokratie eigentlich sonst tun, wenn nicht ihren Wähleranteil maximieren?

Häusermann: Würde die Sozialdemokratie zum höchsten Ziel erklären, dem linken Lager zum Erfolg zu verhelfen und den rechten Block zu schrumpfen, wäre ein mittigerer Kurs kurz- und mittelfristig wohl am aussichtsreichsten, vor allem in der Wirtschaftspolitik. [Auch das lässt sich über viele Länder zeigen](#). Die SPD könnte sich quasi opfern, für die sozialdemokratische Sache.

SPIEGEL: Warum sollte sie das tun? Sie würde Einfluss verlieren, Geld, Posten, Jobs.

Häusermann: Aus Sicht einer Organisation ist das natürlich sehr problematisch. Inhaltlich wäre es nicht so abwegig. Wir müssen unterscheiden zwischen dem sozialdemokratischen Projekt und der Parteienfamilie. Das Projekt, also mithilfe staatlicher Instrumente immer mehr Menschen aus Abhängigkeiten zu befreien, wird heute von mehreren Parteien getragen, und der Wähleranteil der linken Parteien insgesamt ist in den vergangenen 50 Jahren mehr oder weniger stabil. Will man das sozialdemokratische Projekt stärken, ist es nicht so wichtig, ob die Leute grün oder sozialdemokratisch wählen. Aber es ist dafür nicht egal, ob die Leute SPD oder [CDU](#) wählen.

SPIEGEL: Vermutlich löst die Aussicht auf ein Selbstopfer im Willy-Brandt-Haus keinen Jubel aus – obwohl mit [Olaf Scholz](#) ein mittiger Kurs nahe liegt.

Häusermann: Vermutlich nicht. Es geht mir nur darum zu zeigen, dass es zumindest kurzfristig Zielkonflikte geben kann. Allerdings gibt es auch eine Studie, die zeigt, dass Sozialdemokraten mit einer mittigeren Wirtschaftspolitik zwar die Chance auf eine Regierungsbeteiligung kurzfristig erhöhen, langfristig aber eher Schaden nehmen. Wir wissen, dass die zentristischen Wählenden oft schnell wieder weg sind und die Sozialdemokraten nicht langfristig stabilisieren.

SPIEGEL: Blicke noch eine ganz andere Strategie: Die SPD könnte in Einwanderungsfragen härter werden, aber sozialpolitisch links bleiben. Das Beispiel Dänemark wird gern angeführt. Spricht dafür etwas?

Häusermann: Auch das ist nur teilweise richtig: In Dänemark sind die Sozialdemokraten nicht nur gesellschafts-, sondern auch wirtschaftspolitisch zentristischer als die meisten sozialdemokratischen Parteien in Europa. Zum Ertrag einer links-nationalen Strategie gibt es noch kaum Daten, deshalb kann man es nicht ganz eindeutig sagen. Wir haben aber Indizien, die Zweifel wecken, dass eine solche Strategie Erfolg verspräche.

SPIEGEL: Welche?

Häusermann: Meine eigenen [Analysen](#) zeigen, dass es in der Wählerschaft der radikalen Rechten kaum Menschen gibt, die sich vorstellen könnten, jemals eine linke Partei zu wählen. Die Wähler der radikalen Rechten scheinen zufrieden, wo sie sind, die wählen in manchen Ländern seit Jahrzehnten so. Die stehen nicht absprungbereit in der rechten Ecke. Aber selbst wenn es so wäre, ist unklar, ob der Saldo für die Sozialdemokratien positiv ausfiele: In Dänemark sieht man zwar, dass das Potenzial der Sozialdemokraten unter den Wählern der radikal rechten Volkspartei von rund zehn auf rund 30 Prozent gestiegen ist. Gleichzeitig ist aber der Anteil der Sozialdemokraten, die sich vorstellen könnten, alternative linke Parteien zu wählen, auf rund 60 Prozent gestiegen. Das Gros der heutigen sozialdemokratischen Wähler würde den Kurs wohl nicht mitgehen.

SPIEGEL: Studien zeigen aber doch auch: Es gibt einen großen Teil der Bevölkerung, den die Wissenschaft linke Autoritäre nennt, und es gibt keine Partei in Deutschland, die sich ihnen anbietet. Müsste da nicht Potenzial sein?

Häusermann: Die Tatsache, dass es in Westeuropa bislang keine erfolgreichen Parteien mit dieser Strategie gibt, weckt Zweifel daran, dass dies ein einfach zu mobilisierendes Potenzial ist. Falls diese Menschen mobilisierbar sind, dann

wahrscheinlich eher durch eine neue Partei. Vielleicht war Sahra Wagenknechts Projekt »Aufstehen« so gedacht. Die Sozialdemokratie kann sich aber wohl nicht als autoritäre Partei neu erfinden.

SPIEGEL: Wenn ein dänischer Kurs der Sozialdemokratie nicht nützen würde – würde er wenigstens der radikalen Rechten schaden?

Häusermann: Wohl eher nicht, wobei wir das eben mangels Fällen nur schlecht untersuchen können. Wir wissen aber aus [Studien](#), dass es der radikalen Rechten nicht schadet, wenn sich rechte Mainstream-Parteien ihr annähern. Eher hilft es ihr sogar.

»Manchmal unterschätzen Sozialdemokraten allerdings die gesellschaftspolitische Liberalität ihrer eigenen Wählerschaft.«

SPIEGEL: Gibt es bestimmte Themen, mit denen die Sozialdemokratie auf keiner Seite Wähler vergrault?

Häusermann: Hierzu haben wir insbesondere [Umfrageergebnisse](#) aus Deutschland und Österreich. Der Ausbau des Sozialstaats findet große Zustimmung: Begrenzung von Mieten, großzügige Renten, ein Ausbau der Kinderbetreuung. Das gefällt nicht nur Menschen an der SPD, die sich links einordnen, sondern auch vielen Wählern in der Mitte oder sogar weiter rechts.

SPIEGEL: Daraus könnte man ableiten: Die SPD müsste sich gesellschaftspolitisch und umweltpolitisch eher links und grün positionieren, aber Sozialstaatsthemen in den Vordergrund spielen. Das kommt dem, was die SPD tut, sehr nahe. Macht sie es also schon richtig?

Häusermann: Ja, das ist im Großen und Ganzen der Kurs der Partei. Sie setzt eher vorsichtig auf Themen, die keine Gruppe abstoßen, wie Miete und Rente. Sie gibt die Arbeit als Kern der sozialdemokratischen Idee nicht zugunsten eines Grundeinkommens auf. Sie läuft nicht der radikalen Rechten nach. Manchmal unterschätzen Sozialdemokraten allerdings die gesellschaftspolitische Liberalität ihrer eigenen Wählerschaft.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Häusermann: Viele sozialdemokratische Parteien hadern geradezu damit, dass sie heute auch viele Wähler und Wählerinnen der neulinken Mittelschicht haben. Dabei ist es ja nicht selbstverständlich, dass man diese neuen Schichten erreicht. Manch einer in der SPD bringt wirklich noch den Bergarbeiter als typischen SPD-Wähler ins Spiel. Das ist er aber nicht mehr.

SPIEGEL: Wer ist es denn?

Häusermann: Die typische SPD-Wählerin könnte man als eine eher mittel bis höher gebildete Frau in den Vierzigern oder Fünfzigern beschreiben, die in einer Stadt oder in Stadtnähe lebt und einen interpersonellen Beruf hat: Lehrerin, Therapeutin, Projektmanagerin. Diese Menschen sind zwar nicht die Speerspitze der grünen Avantgarde, aber gesellschaftspolitische Themen sind ihnen sehr wichtig, und sie sind Teil des sehr breiten progressiven Lagers. Dieses Lager besteht nicht nur aus jungen urbanen Akademikern und Akademikerinnen.

SPIEGEL: Immer wieder flammt in der SPD die Diskussion über das auf, was Identitätspolitik genannt wird. Aktuell auch wieder. Der ehemalige Bundestagsvizepräsident [Wolfgang Thierse hat offenbar seinen Austritt aus der Partei angeboten](#) : Wie kann die Partei verhindern, dass sie an dem Streit irgendwann zerbricht?

Häusermann: Indem sie sich eine Tatsache immer wieder bewusst macht: Es gibt in der gesamten linken Wählerschaft hohe Zustimmung für eine inklusive Politik gegenüber Minderheiten, für Gleichstellung, gegen strukturelle Benachteiligungen, also für Anliegen, die oft durchaus missverständlich als »Identitätspolitik« bezeichnet werden. Innerhalb dieses Konsenses kann es graduelle Unterschiede geben, aber die sind ungleich kleiner als die Unterschiede zum eigentlichen politischen Gegenpol, einer traditionalistisch-kommunitaristischen Agenda.

SPIEGEL: Die SPD macht also einiges richtig. Trotzdem geht es ihr richtig schlecht. Wieso?

Häusermann: Die schlechte Lage hat viel damit zu tun, dass sich die Sozialstruktur – auch wegen der erfolgreichen Politik der SPD selbst – verändert hat. Die Lage hat auch mit Fehlern der Vergangenheit zu tun, die nicht kurzfristig

umkehrbar sind. Diese Erkenntnis ist aber natürlich unbefriedigend. Mittelfristig wird die SPD versuchen müssen, ihre Lage zu stabilisieren.

SPIEGEL: Willy Brandt ist in der SPD immer noch ein Held, und ohne die Dynamik von Schröder und Fischer hätte der Machtwechsel 1998 trotz Kohl-Müdigkeit vielleicht nicht geklappt. Ist das Personal heute nicht auch Teil des Problems?

Häusermann: Kandidaten und Kampagnen spielen in Wahlen natürlich schon eine Rolle, aber wir sollten sie nicht überschätzen: Personalstreitigkeiten sind in der Regel eher Symptom, nicht Ursache des Zustands einer Partei.

Autoren: Jonas Schaible; Christian Teevs

Anhänge:



Politologin Häusermann: »Die Sozialdemokraten verlieren nach allen Seiten«



AFP OR LICENSORS
SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz



AP
Montagsdemonstration 2004 in Leipzig gegen die Hartz-Reformen

ID: 176114092 Name: Poly_spon-dd9612c6-4c6c-4dad-97ea-82c4cfc42691

© SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG